

Interview mit Klaus Regling, ESM Managing Director

Veröffentlicht in der *Süddeutschen Zeitung* am 25 Juni 2018 (geführt am 22. Juni 2018)

Interviewer: Alexander Mühlauer

Wenn die Staats- und Regierungschefs diese Woche zum EU-Gipfel kommen, geht es auch um seine Zukunft: In der Euro-Krise hat Klaus Regling den Rettungsfonds ESM aufgebaut - nun soll daraus ein Europäischer Währungsfonds werden. Ein Gespräch über deutsch-französische Reformideen, das Vorbild USA und die Frage, ob es Griechenland jetzt alleine schaffen kann.

SZ: Herr Regling, als Sie als Euro-Retter anfangen, sagten Sie, dass Sie am liebsten nichts zu tun haben wollen. Hat nicht ganz geklappt.

Klaus Regling: Ja, das ist dumm gelaufen (lacht). Als ich hier vor acht Jahren begann, gab es keine Mitarbeiter und kein Büro. Ich hatte nicht mal eine Telefonnummer, geschweige denn eine E-Mail-Adresse. Nach drei Jahren sollte der Laden eigentlich wieder geschlossen werden. Doch dann gab es plötzlich mehr zu tun als gedacht.

Das sagen Sie jetzt so lässig.

Na ja, die Krise wurde dann doch zu stark, schwappte von Griechenland auf Irland, Portugal, später auf Spanien und Zypern über und wurde zu einer Gefahr für die Finanzstabilität des gesamten Euro-Raums. Aber: Krisen passieren nun mal. Und der ESM war die Antwort auf die Euro-Krise. So wie der Internationale Währungsfonds (IWF) die Antwort auf die Große Depression der 1930er-Jahre war. Diese Idee haben wir in Europa kopiert.

Nun soll Ihr ESM zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden ...

... warten wir mal ab, was beim Euro-Gipfel passiert. Ich habe nichts dagegen, unseren Namen zu behalten. Ich habe aber auch nichts dagegen, wenn man den ESM Europäischen Währungsfonds nennt, um zu demonstrieren, dass wir zusätzliche Aufgaben bekommen.

Welchen Auftrag erwarten Sie von den Staats- und Regierungschefs?

Es geht um die Frage: Was fehlt noch, um die Währungsunion wirklich krisenfest zu machen? Insbesondere in diesem globalen Gefüge, das ja aus dem Tritt kommt, nachdem sich die Amerikaner aus multilateralen Vereinbarungen und Institutionen zurückziehen und wir womöglich kurz vor einem Handelskrieg stehen.

Was ist zu tun?

Wir müssen das vollenden, was wir Bankenunion nennen. Dazu zählt eine Letztabsicherung für den Abwicklungsfonds. Und eine europäische Einlagensicherung.

Warum sollen deutsche Sparer für italienische Banken haften?

Darum geht es nicht. Wir müssen ein System schaffen, von dem am Ende alle profitieren können. Diese Einlagensicherung würde vermutlich nicht oft gebraucht.

Wie das?

Die Ursache für einen möglichen Bankenansturm würde wegfallen, wenn die Sparer in einer Krise wissen, dass nicht nur das eigene Land Einlagen bis 100 000 Euro garantiert, sondern der ganze Euro-Raum. Warum sollte ein Sparer dann sein Geld abheben?

Aber in Italien, Griechenland und Zypern sitzen Banken noch immer auf einem Berg fauler Kredite. Ein hohes Risiko.

Das ist richtig. Aber an deren Abbau wird ja gearbeitet. Diese Altlasten müssen weg, bevor eine Einlagensicherung kommt. Und eines sollten die Deutschen nicht vergessen: Während der Finanzkrise haben deutsche Banken mehr öffentliche Gelder bekommen als fast alle europäischen Bankensysteme - mit Ausnahme von Spanien und Irland. Die Steuerzahler mussten hohe Verluste tragen. Es ist also nicht so, dass deutsche Banken nie etwas brauchen würden.

In Deutschland hat sich seit der Krise ein Narrativ breitgemacht: Die anderen wollen nur unser Geld. Was entgegnen Sie?

Um es klar zu sagen: Wir haben keine Transferunion. Ich weiß, viele haben den Eindruck, es geht den anderen Euro-Staaten nur um deutsches Geld, aber das war bisher nicht der Fall, auch nicht im Zusammenhang mit den Rettungsdarlehen des ESM. Und die Bundesregierung achtet darauf, dass das nicht passiert.

Die Niederlande sehen das von Berlin und Paris vorgeschlagene Budget für die Euro-Zone als Einstieg in eine Transferunion.

Der deutsch-französische Vorschlag sagt ausdrücklich, dass es keine Transfers geben soll. Es gibt aber einige Länder, die das wollen. Es gibt natürlich Transfers in Europa, aber nicht wegen der Währungsunion, sondern seit 1957 mit dem EU-Haushalt. Diese Transfers sind gewollt, sie sollen der Annäherung der Lebensverhältnisse dienen. Deutschland und Frankreich wollen das Euro-Budget als Teil dieses EU-Haushalts. Klar ist damit aber auch: Wenn es mehr Geld für Euro-Länder gibt, gibt es weniger für Nicht-Euro-Länder.

Sie sind Ökonom. Kann ein Budget für die Euro-Zone dabei helfen, unsere Währung weniger krisenanfällig zu machen?

Es kann durchaus sinnvoll sein, denn mit Beginn der Währungsunion haben die Länder zwei

makroökonomische Steuerungsinstrumente aufgegeben: den Wechselkurs und die Geldpolitik. Das mit dem Wechselkurs verstehen die meisten. Bei der Geldpolitik wird es schwieriger. Man muss sich aber klar werden, dass die Europäische Zentralbank (EZB) nur Geldpolitik für den gesamten Euro-Raum machen kann, nicht für einzelne Länder.

Deutschland bräuchte höhere Zinsen.

Es gibt aber in der Währungsunion, genauso wie in den USA oder in China, nur einen Zentralbank-Zins. Und die Realzinsen, also die Zinsen abzüglich der Inflation, sind in den Regionen und Ländern, wo es wirtschaftlich gerade gut läuft, tendenziell zu niedrig. In Shanghai waren die Realzinsen die letzten 30 Jahre immer zu niedrig und in der äußeren Mongolei waren sie viel zu hoch. Aber die Konjunktur in den einzelnen Staaten und Regionen entwickelt sich nun mal unterschiedlich. Kommt es zur Krise, kann ein Land, das eine eigene Zentralbank hat wie Großbritannien oder die Schweiz, gegensteuern. Dieses Instrument steht in einer Währungsunion nicht zur Verfügung. Dann bleibt nur die Fiskalpolitik.

Was könnte Ihr ESM tun?

Eine Möglichkeit, damit Regionen und Länder nicht so stark auseinanderdriften, wäre eine gemeinsame Zusatzversicherung zu den nationalen Arbeitslosenversicherungen. Diese Idee wird von Finanzminister Olaf Scholz unterstützt. In den USA funktioniert das Konzept. Jeder Bundesstaat hat sein eigenes Arbeitslosenversicherungssystem; nur in Krisenzeiten gibt es Zugriff auf Kredite beim Finanzministerium in Washington. Und die müssen zurückgezahlt werden.

Sie haben die Kanzlerin bereits von einer anderen Idee aus den USA überzeugt: einem Schlechtwetterfonds beim ESM, auf den Staaten zugreifen könnten, wenn sie unverschuldet in Not geraten. Wie konnten Sie Angela Merkel dafür begeistern?

Ich habe schon erwähnt, dass die Fiskalpolitik in einer Währungsunion wichtiger wird, weil die Geldpolitik nicht mehr für einzelne Länder eingreifen kann. Wenn es zum Beispiel einen harten Brexit gibt, leidet Irland, obwohl es dafür nichts kann. Das Land könnte dann, falls notwendig, einen Kredit beim ESM aufnehmen, den es nach fünf Jahren zurückzahlt.

Aber wer entscheidet, ob das Land wirklich nichts dafür kann?

Das muss man diskutieren. Es kann ja auch sein, dass ein Land so einen Schock auch selbst stemmen kann. Die Wiedervereinigung Deutschlands war so ein Fall.

Wie groß ist Ihre Sorge, wenn Sie nach Italien blicken? Teile der neuen Regierung haben den Euro infrage gestellt.

Wir müssen abwarten, was die Regierung wirklich tut. Wir sehen schon jetzt, dass die italienischen Regierungsvertreter sich anders äußern als zu Zeiten des Wahlkampfs.

Was muss Italien tun, um wieder Anschluss in Europa zu finden?

Ich erinnere mich noch gut, als ich 2010 angefangen habe, den Rettungsfonds aufzubauen, haben viele gesagt: Italien wird Ihr erster Kunde. Stimmt aber nicht, Italien hat nie den Marktzugang verloren. Das wahre Problem Italiens ist das geringe Wachstum, das seit 25 Jahren nur halb so hoch ist wie im Euro-Durchschnitt. Das führt auch bei den Bürgern zu Frustrationen und erklärt auch ein Stück weit das Wahlergebnis.

Könnte der ESM Italien überhaupt retten?

Ich sehe diese Krise nicht kommen, aber ich kann nur feststellen: Der ESM hat eine ungenutzte Kreditkapazität von rund 400 Milliarden Euro. Damit kann man auch einem großen Land helfen.

Lassen Sie uns über Griechenland reden. Was macht Sie so sicher, dass Athen es jetzt alleine schafft?

Die griechische Wirtschaft ist in den vergangenen acht Jahren völlig umstrukturiert worden. Griechenland hat seit 2016 eine schwarze Null. Ich habe keinen Zweifel, dass Athen wieder an die Märkte gehen kann. Und es wird auch seine Kredite an uns zurückzahlen. Das wird dauern, aber die letzte Rückzahlung aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 für Deutschland ist auch erst im Jahre 2010 erfolgt. Das hat niemand gemerkt - und so stelle ich mir das auch mit Griechenland vor.

Was war der größte Fehler in den acht Jahren Griechenland-Krise?

Manchmal haben wir zu lange gebraucht, um zu Entscheidungen zu kommen. Aber wir mussten auch erst neue Instrumente entwickeln. Man konnte sich ja nicht vorstellen, dass es so eine große Krise gibt. Wenn Entscheidungen schneller getroffen worden wären, hätte man viel Geld gespart. Auch frühere Schuldenerleichterungen wären besser gewesen.

Was haben Sie gedacht, als Wolfgang Schäuble mit dem Grexit-Vorschlag kam?

Ich hatte immer die Meinung, und das habe ich auch Herrn Schäuble gesagt, dass ein Grexit die teuerste Lösung ist. Für Griechenland selbst und für die Gläubiger. Ich habe aber auch verstanden, dass man das anders sehen kann. Wenn die Grenzen überschritten werden von einem Land, dann muss es die Konsequenzen ziehen. Das war kein abwegiger Gedanke. Aber es ist gut, dass wir Griechenland, Irland und Portugal in der Währungsunion behalten konnten. Auch dank des ESM. Ich glaube, Europa würde heute anders aussehen, wenn wir nicht da gewesen wären.